

Ausbeutungs-Freiheit

Die deutschen Zeitungsverleger sehen die Pressefreiheit in Gefahr. Doch es geht nicht um die nächste Ausspähaffäre oder Drangsalierung von Journalisten. Der ultimative Angriff des Staates auf die freie Presse ist: der Mindestlohn!

Die Zeitungsboten seien überwiegend Minijobber und im Osten bis zu 80 Prozent Hartz IV-Empfänger, schreiben die Verleger. Völlig klar, dass es unzumutbar ist, denen künftig 8,50 Euro pro Stunde zu zahlen. Dann würden ja die Gewinne geschmälert oder die Kunden müssten einige Cent pro Monat mehr bezahlen.

Morgens um vier oder fünf Uhr bei Wind und Wetter Zeitungen auszutragen, da-

für kann man wirklich keine 8,50 Euro verlangen. Bewegung an der frischen Luft ist doch gesund. Wieso gibt es hier eigentlich keine Ausnahme vom Verbot der Kinderarbeit? Ist das nicht auch ein „Eingriff in die Pressefreiheit“?

Wir verstehen unter Freiheit etwas anderes. Nicht das Recht zu ungehemmter Ausbeutung und Ausnutzung sozialer Not, auf Kosten der Steuerzahler. Wir wollen, dass Geschäftemacherei auf der Basis von Hungerlöhnen beseitigt wird.

In ganz Europa und erst recht bei uns. In allen Branchen, flächendeckend und für alle. Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn ohne Ausnahmen.

